

## Kolumbien – Basisdaten

Fläche: 1138,914

Bev. (Mio.): 40,042 (Stand 1997)

Im Andenkomplex konzentrieren sich 3/4 der kolumbianischen Bevölkerung.

Wichtigstes Agrar- und Exportprodukt: Kaffee

Zunehmende Expandierung von Gold-; Kohle- (70% der Reserven Lateinamerikas) und Ölförderung.

Weltgrößte Smaragdproduktion

Ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung:

50% Mestizen

25% Mulatten

20% Weiße

5% Schwarze

2% Indios

Staatssprache Spanisch

98% der Bevölkerung sind katholisch

- Historischer Abriss:

1819: Simon Bolivar führt die Armee (heterogene antispanische Sammelbewegung) zum Sieg gegen die Besatzungsmacht und ermöglicht so die Gründung Groß-Kolumbiens.

Doch der neue Staat kann sich nicht von den kolonialen Strukturen befreien (Sklaverei, rassistische Indianergesetze, koloniale Steuern). Die kreolische Oligarchie übernimmt die Rolle der Spanier. Regionale Hacendado-Gruppen kämpfen Jahrzehnte um die politische Macht. Letztendlich kommt es 1830 zu einer Abspaltung des heutigen Venezuelas und Ecuadors. Das restliche Territorium bleibt bis zum Ende des Jahrhunderts in einem föderalistischen Zusammenschluss weitgehend autonomer Regionen bestehen.

1849 kommt es zur Gründung der liberalen und der konservativen Partei die seither die Politik Kolumbiens dominieren. In ihrer Struktur sind beide Parteien heterogene Bündnisse regionaler und sozialer Interessensgruppen. Die Liberalen regierten von 1849 bis 1885 zur Zeit des Tabakbooms. Die konservative Regierung folgte bis 1930. Das US-Kapital fand in diesem Zeitraum seinen Weg in den Rohstoffsektor (Bananen, Öl).

Ab 1930 bis 1946 setzten die Liberalen den Industrialisierungskurs fort, unter Lopez Pumarejo kam es zu Reform- und Sozialpolitik und der Ausdehnung der Rechte und des Spielraumes der Gewerkschaften und der Linksopposition. Doch als die Konservativen übernahmen kam es zur gewaltsamen Auflösung des Kongresses und zum Verbot der Linksopposition.

- Beginn der Guerilla

Die Liberalen organisierten daraufhin die Guerilla. Das Land befand sich die nächsten 10 Jahre in einem Bürgerkrieg, auch „Violencia“.

- Violencia – Bürgerkrieg:

Dauer: 21.5.1949 bis 10.5.1957

In der ersten Phase des innerstaatlichen Konflikts von 1949 bis 1953 stand hauptsächlich der Widerstand kommunistischer Guerillagruppen gegen die konservative Regierung von Laureano Gomez im Mittelpunkt. Er versuchte Kolumbien damals in einen korporativen Staat nach spanischen und portugiesischen Vorbild zu gestalten. Der zugrunde liegende soziale Konflikt betraf vor allem die Herrschaftsbeziehungen auf dem Land. Das Zentrum der Gewalt stellten hauptsächlich die Kaffeeanbaugebiete dar.

„...“, dass sich die Violencia aus einer Gesamtkrise der kolumbianischen Politik und ihrer Träger, der beiden Traditionsparteien, seit den dreißiger Jahren ergab, dass ihre Initialzündung durch die Ermordung des linksliberalen Caudillos Jorge Eliecer Gaitan im April 1958 ausgelöst wurde und dass sie in Form von Bandenkämpfen, die Hunderttausende das Leben gekostet zu haben scheinen, einige Stadien durchlief.“<sup>1</sup>

1953 kam es zu der Machtübernahme des Diktators Rojas Pinilla bis zu seinem Sturz 1957. Danach wurde eine Regierung der „Nationalen Front“ (mit Vertretern aus beiden Parteien) gebildet.

In dieser zweiten Phase der Violencia 1953 bis 1957 nehmen liberale Guerillagruppen ein Amnestieangebot der Regierung an, während die kommunistischen und Campesino Guerilla auf eine weitere Veränderung der Agrarbesitzstruktur bestanden.

Doch die „Nationale Front“ führt das Proporzsystem ein, was zum Ausschluss aller anderen politischen Kräfte führt. Letztendlich werden die Besitzverhältnisse in den Kaffeeanbaugebieten zu Gunsten der Großgrundbesitzer umstrukturiert.

- Quellen:

LAMBERG, Robert F.: „Die Guerilla in Lateinamerika – Theorie und Praxis eines revolutionären Modells.“; Münchner Taschenbuch Verlag, München 1972

NOHLEN, Dieter (Hg.): „Lexikon der dritten Welt – Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen“; Rowolt Taschenbuch Verlag, Überarbeitete Ausgabe 2000

[www.uni-hamburg.de](http://www.uni-hamburg.de)

---

<sup>1</sup> Lamberg: S. 118

## **Eine oligarchische Demokratie**

Kolumbien ist geprägt durch ein paradoxes Nebeneinander von Massenmobilisierungen und der Herrschaft einer politischen und wirtschaftlichen Oligarchie. Geschichtlich gesehen, haben sich bereits während des Krieges gegen Spanien am Anfang des 19. Jahrhunderts und seit der Unabhängigkeit (1819) innerhalb der alten Familien, der Wohlhabenden und der privilegierten Intellektuellen, Eliten gebildet, die das politische System bis heute bestimmen. Diese Kontinuität zeigt sich besonders durch die entscheidende Rolle der traditionellen Parteien der Liberalen und Konservativen. Jeder Versuch neue politische Gruppierungen zu etablieren ist immer auf Hindernisse gestoßen: Repressionen, verengter Spielraum, Absorption bis Attentate gegen neue Führer. In der Spitze der traditionellen Parteien wiederholen sich die Familiennamen und die neuen Mitglieder sind meistens von den alten Kreisen gestützt und gefördert. Die Mischung von politischer Kontinuität und monopolartiger Ausübung der Politik durch diese Eliten hat die Bezeichnung Oligarchie ermöglicht → kartelhafte Machtaufteilung zwischen den traditionellen Parteien. Die demokratischen Aspekte beziehen sich besonders auf die alte Verfassungstradition der Regelmäßigkeit der Wahlen, aber auch die relative Offenheit des Systems in letzten Jahren, jedoch spricht man nach wie vor eher von einer Scheindemokratie, weil vor allem die Regierung bzw. das Militär für die Repressionen und für Menschenrechtsverletzungen der letzten Jahrzehnte verantwortlich sind.

Die neue Verfassung von 1991 definiert Kolumbien als sozialen Rechtsstaat in Form einer unitarischen Republik, als dezentralisiert, partizipativ und pluralistisch. Die politischen, bürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sind in der Verfassung von zentraler Bedeutung. Sie beinhaltet kollektive Rechte und gleichzeitig werden zum ersten mal indigene Rechte und der multikulturelle und multiethnische Charakter des Landes verfassungsmäßig anerkannt.

Kritik und negative Nebenerscheinungen an der neuen Verfassung waren vor allem die nach wie vor unangetastete Sonderrechte des Militärs (Straflosigkeit in der Frage der Menschenrechte), Landkonzentration in Händen der Großgrundbesitzer wird nicht angesprochen etc. In den 90ern gab es einige Parteien und Bewegungen mehr als früher mit Repräsentation im Kongress: es gibt Listen mit schwarzen und indigenen Kandidaten, besonders Indianer haben eine Tradition als ethnisch organisierte Gruppe. Die Gruppen der parlamentarischen Minderheit sind allerdings nicht in der Lage als alternative Partei zu agieren. Ihnen fehlt es meist an realen Machtfaktoren wie Großbesitz und Kapital. Die traditionellen Parteien sind eine Mischung von ständischen Honoratiorenparteien mit patrimonialistischen Elementen und modernen Patronageparteien. Der Führungselite Kolumbiens gelang es die mögliche Machtkonkurrenz durch gesellschaftliche Organisationen, die sich an den sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Wählerschaft orientieren, weitgehend auszuschalten, nicht zuletzt deshalb, weil die Integration von Aussteigern aus der Mittelschicht in die herrschende Elite die Unterschicht ihrer möglichen Führer beraubte.

Die Modernisierung des Staates und der Wirtschaft erfolgte so, dass die grundlegenden politischen Herrschaftsstrukturen in ihren Kern nicht geändert wurden. Exzessiver Legalismus, Nepotismus und Klientelismus aber auch Korruption und Kooptation im Bereich von Politik und Verwaltung haben ihren Ursprung vor

allem in den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen diverser Machtgruppen und verhindern tatsächliche Reformen und die Herstellung echter Verteilungsgerechtigkeit. Seit Jahren gibt es allerdings einen Trend gegen die beiden traditionellen Parteien und zugunsten unabhängiger Kandidaten und brachte vor allem Liberalen große Verluste bei. Z.B. wurde der unabhängige Kandidat Alvaro Uribe Velez im Mai 2002 zum neuen Präsidenten gewählt. Die Wahlen wurden durch Paramilitärs beeinflusst und außerdem ist der Kongress durch Korruptionsskandale in Verruf geraten, daher erklärt sich die niedrige Wahlbeteiligung, in Kolumbien fast schon eine Tradition. Das Problem der niedrigen Wahlbeteiligung stellt sich vor allem in folgenden Punkten: das strukturelle Durcheinander der politischen Akteure, die den Potential der Reform einschränkt, das politische Szenario wird eher von Individuen als von repräsentationsfähigen Organisationen geprägt.

Quellen:

[www.dse.de/za/lis/colombia/seite2.htm](http://www.dse.de/za/lis/colombia/seite2.htm)

[www.kolumbien-aktuell.ch](http://www.kolumbien-aktuell.ch)

[www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/019\\_kolumbien.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/019_kolumbien.htm)

## **Guerrilla in Kolumbien**

### **1) Gründe für das Entstehen**

Kolumbien wurde und wird von einer kleinen wirtschaftlichen und politischen Führungselite dominiert, traditionell organisiert in der Partido Liberal (Liberalen Partei) und der Partido Conservador (Konservativen Partei). Die jeweiligen Regierungen waren und sind von einem autoritären Regierungsstil geprägt, dass dazu dient die politische Opposition oder soziale Protestbewegungen zu bekämpfen und den herrschenden Status Quo aufrechtzuerhalten. Praktische kann man davon sprechen, dass Kolumbien seit 40 Jahren in einem defacto Ausnahmezustand sich befindet.

Sie soziale Lage des großteils der Bevölkerung ist sehr schlecht. Das Vermögen des Landes konzentriert sich in den Händen der Wirtschaftselite bzw. ausländischen Unternehmen (z.B. Nestle, Coca Cola), die in Kolumbien tätig sind.

60% der KolumbianerInnen leben in Armut, 11 Mio. in absolutem Elend, davon sind 4 Mio. Kinder. Auf dem Land leben 80% in Armut. Rund 60% der arbeitsfähigen Bevölkerung versucht im informellen Bereich ihr Überleben zu sichern. 3 Mio. Kinder haben keinen Zugang zur Schule und 30% der Familien werden von alleinerziehenden Müttern geführt. 40% der Bevölkerung haben keinen Zugang zum Gesundheitssystem und nur 19,8% der formell Beschäftigten haben Zugang zu Pensionsleistungen<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> vgl. [www.kolumbien-aktuel.ch](http://www.kolumbien-aktuel.ch)

Die Wurzeln der Guerilla in Kolumbien reichen bis in die 30 Jahre zurück. Damals wurden von den Kommunisten „rurale Selbstverteidigungsgruppen“ in einigen Departements von Kolumbien gegründet. Zu einer Ausbreitung der Kämpfe und dadurch der Guerilla kam es in den Jahren der sogenannten „Violencia“.

Durch Eindringen des Kapitalismus in den 20. Jahren des 20. Jhd. kam es zu einer Erosion der feudalen oder semifeudalen Strukturen. Soziale Spannungen wurden dadurch verschärft und die Gegensätze der Parteien spitzten sich zu. Diese gipfelten in einem Bürgerkrieg. Dieser forderte zwischen 1947 und 1973 ca. 180.000 Tote.. Diese Zeit der Violencia - der Gewalt - war jedoch nur oberflächlich ein Konflikt zwischen den Parteien. Vielmehr war er ein erster, gewaltsam durchgesetzter Modernisierungsschub, von dem die politische Elite Kolumbiens - Liberale und Konservative - massiv profitierte. Im Zuge der Violencia wurden schätzungsweise über 1 Mio. Bauern von ihren Höfen vertrieben, die Landkonzentration einiger Großgrundbesitzer verschärfte sich und die aufkommende Industrie in den Städten konnte auf ein Heer billiger, rechtloser Arbeitskräfte setzen. Die kolumbianische Wirtschaft florierte und schrieb in den Jahren der Violencia Wachstumsraten wie nie zuvor.

In dieser Zeit lösten sich Guerillagruppen von den liberalen Parteien und nährten sich der Kommunistischen Partei Kolumbiens und dadurch auch kommunistischen Ideen an.

Aufschwung nahm diese Gruppen durch den Sieg der Revolution in Kuba 1959.

## 2) Wichtigsten Gruppierungen

Die FARC – Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens, seit 1982 mit dem Beinamen „Volksheer“ (FARC-EP), wurden 1966 gegründet. Sie ist die größte Gruppe.

In den 1960er Jahren entstanden neben der FARC auch die Che Guevaras verbundene, nach Kuba ausgerichtete Ejército de Liberación Nacional ELN (Nationale Befreiungsarmee ELN) und die sich am chinesischen Vorbild orientierende Ejército Popular de Liberación EPL (Volksbefreiungsarmee EPL).

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die beiden wichtigsten, heute noch aktiven Guerillabewegungen FARC-EP und ELN von ihrem ursprünglichen Ziel der Machtübernahme und der Installierung eines sozialistischen Staates weitgehend abgerückt sind. Sie verlangen tiefgreifende politische, soziale und wirtschaftliche Reformen. Es soll ein demokratischer Staat mit sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden, in dem die Grundrechte respektiert werden und politische Opposition möglich ist.

Beide Guerillabewegungen setzen heute zur Erreichung dieses politischen Ziels auch auf Verhandlungen mit der Regierung. Dabei gibt es erhebliche Unterschiede bei den Konzepten von FARC und ELN.

Die FARC sieht sich als Avantgarde und legitimierte Sprecherin des Volkes. Durch ihren Kampf will die FARC der Regierung am

Verhandlungstisch Zugeständnisse im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich abringen. Nicht die Waffenabgabe und die Eingliederung der Guerilla ins Zivilleben ist Verhandlungspunkt, sondern grundlegende Reformen.

Die ELN vertritt ein Verhandlungsmodell, bei dem der sog. Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle zukommt. In einer Convención Nacional (Nationalkonvention) sollen die Exponenten der Zivilgesellschaft einen Gesellschaftsvertrag aushandeln und die Basis für die Errichtung eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates legen.

Verstöße der FARC gegen das humanitäre Völkerrecht forderten 496 Opfer im Jahr **2000**, jene des ELN 157 Opfer.

Bei Gefechten wurden 1.677 Kämpfende getötet: 984 Guerilleros, 467 Soldaten und Polizisten und 226 Paramilitärs. Verwundet wurden 342 Soldaten, 225 Polizisten, 25 Paramilitärs und 106 Guerilleros. Bei diesen Kriegsaktionen wurden 73 Zivilisten getötet und 194 verletzt.<sup>3</sup>

Seit 2002 kommt es wieder zu einer Eskalation des Konfliktes. Im Februar wurden die Friedensgespräche zwischen Regierung und den Guerillas abgebrochen und die Wiedereroberung des Gebietes der FARC angekündigt. Es folgten wieder größere Gefechte zwischen Guerillas und dem Militär/Paramilitärs.

Eine Zuspitzung der Situation erfolgte auch aufgrund der immer offensiveren Intervention der USA und durch Veränderung der politischen Lage in Brasilien und Venezuela.

- Quellen:

Kernmayer Ernst, Krieg für Frieden, Friedensprozeß und Nationaler Dialog in Kolumbien,  
1982-1991. Wien 1991

José Miguel Gamboa López, Krise und Alternativen in der Politischen Theorie – Politikwissenschaftliche Ansätze in Lateinamerika am Ende des 20 Jhd. am Beispiel Kolumbiens, Dissertation, Wien 2000

Amnesty International, Kolumbien, ein Land im Ausnahmezustand, Bonn 1988

[www.kolumbien-aktuell.ch](http://www.kolumbien-aktuell.ch)

---

<sup>3</sup> vgl. [www.kolumbien-aktuel.ch](http://www.kolumbien-aktuel.ch)

## **PMCs in Kolumbien**

Vor allem sind es US-amerikanische Rüstungsfirmen, die in Kolumbien wirken, allen voran Rubicon, AirScan Inc., PAE, MPRI (Military Professional Resources Inc.) und DynCorp INC., wobei die meisten dieser Firmen unter der Leitung ehemaliger angesehener US-amerikanischer Militärs sind.

So ist zum Beispiel Ed Soyester, Sprecher von MPRI, pensionierter US-Army Lieutenant, in diesem Zusammenhang einer von vielen Warlords. Aber auch etliche andere Posten dieser Unternehmen sind besetzt mit pensionierten und ehemaligen Soldaten der USA.

Diese Unternehmen liefern nicht nur Rüstungsmaterial, sondern helfen auch dabei, Kombattanten auszubilden.

Die Regierung der USA und die Kolumbiens arbeiten hinsichtlich der Guerillas und den aus ihnen profitierenden PMCs zusammen. So gab es seitens der USA eine 2-jahres-Hilfe von 1,6 Milliarden \$, welche ins staatliche Militär Kolumbiens geflossen sind.

Die andere Seite des Einflusses der PMC's in Kolumbien ist jene, die die staatlichen Streitkräfte betrifft. Die Zusammenarbeit zwischen us-amerikanischen Rüstungskonzernen und dem kolumbianischen Militär wächst stark an, denn der Handel mit privaten Anbietern erweist sich als profitabler, wie der kolumbianische Verteidigungsminister Luis Fernando Ramirez erklärt: "Probably, it is more costly to send an active-duty general to be present full-time in Colombia than it is to send a retired officer", oder "...with much more experience . . . at a lower cost"

- Quellen:

<http://www.coli.uni-sb.de/~pietsch/stop-war/PineSGI4101000313164135016287-100000.html>

Gerald Neugschwandtner 9605546

## **Paramilitärs in Kolumbien**

Die Paramilitärs sind landesweit in der Dachorganisation AUC organisiert und umfassen über 12000 Bewaffnete. Finanziert wird diese illegale Armee, deren Kämpfer den für Kolumbien traumhaften Monatslohn von 500 Dollar kassieren, hauptsächlich aus Drogengeschäften, hinzu kommen Zahlungen diverser Unternehmen.

Das primäre Ziel der Paramilitärs ist die physische Vernichtung jeglicher

Opposition. So verlor das unter Beteiligung der kommunistischen Partei ins Leben gerufene sozialistische Wahlbündnis Union Patriótica in etwa 13 Jahren knapp 4000 Mitglieder durch Morde der Paramilitärs.

Direkten Gefechten mit der linksgerichteten Guerilla gehen die Paramilitärs aus dem Weg. Ihre Angriffe gelten hauptsächlich unbewaffneten Zivilisten, Gewerkschaftern, Mitgliedern linker Parteien. So verbreiten sie durch ihre brutale Vorgehensweise Angst in der Bevölkerung. Ihre Massaker haben zur Binnenflucht in Massen und zur Entvölkerung ganzer Landstriche geführt.

Kolumbien ist der wichtigste Kokain - Exporteur, 80 Prozent des in Kolumbien produzierten Kokains gelangt in die USA.

Neben den Guerilla-Gruppen FARC und ELN wurden die Paramilitärs nach dem 11. September 2001 im komplexen Zusammenhang mit der Drogenproblematik als terroristische Vereinigung kategorisiert und sind nun folglich prioritäres Kampfziel der Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Paramilitärs sind der Joker bei der Durchsetzung der Interessen von Militär, Regierung und Drogenhandel und transnationalen Konzernen und würden ohne ihre Deckung nicht existieren. Die Paramilitärs haben kein politisches Programm außer der Verteidigung des herrschenden Machtgefüges und privatwirtschaftlichen Interessen.

Das schwache Militär ist auf die Mithilfe der Paramilitärs angewiesen, um die Guerilla halbwegs in Schach zu halten. Zudem hat die Regierung Verhandlungen mit den Paramilitärs aufgenommen. Das bedeutet die faktische Anerkennung der Paramilitärs als eigenständiger politischer Akteur.

Im November 2003 gab laut einer offiziellen Version der kolumbianischen Regierung der Bloque Cacique Nutibara, vormals ein Teil des paramilitärischen Verbandes AUC, in Medellin feierlich die Waffen ab, um sich anschließend in das „zivile Leben“ zurückzuziehen. Bewohner Medellins klagen jedoch über anhaltende Präsenz der Paramilitärs auf den Straßen der Stadt. Es ist also davon auszugehen, dass nicht alle Waffen abgegeben wurden und die „Demobilisierung“ nur eine Inszenierung im Rahmen der Verhandlungen mit der Regierung war.



## Low Intensity Warfare in Kolumbien:

(Beispiel für Privatisierung der Kriegsführung)

Im Rahmen eines Guerillabekämpfungsprogramms wurden in Kolumbien Paramilitärs und private Militärunternehmen von den lokalen Eliten mit finanzieller und politischer Unterstützung aus den USA gezielt aufgebaut.

In seinem Kampf gegen die Guerillaorganisationen hat der kolumbianische Staat bislang immer versucht, das Sozialgefüge, das die Guerilla tatsächlich, angeblich oder potenziell unterstützt, zu zerstören oder zumindest zu neutralisieren. Der 'schmutzige Krieg', der über die letzten 35 Jahre die Form von Staatsterror angenommen hat, stützt sich auf zwei Grundpfeiler: die **verdeckten oder geheimen Operationen der Streitkräfte** und die Aktionen des Paramilitärs. Sie sind das Nervenzentrum des **staatlichen Konzepts zur Aufstandsbekämpfung**, vor allem das der Streitkräfte.

1962 begannen US-Spezialeinheiten damit, in Kolumbien Antiguerilla-Einheiten aufzustellen und Spezialisten in psychologischer Kriegsführung und in der Einbeziehung von Zivilisten bei paramilitärischen Aktivitäten auszubilden (wie in Vietnam). Drei Jahre später, als gerade die ersten Rebellengruppen entstanden waren, erließ die Regierung ein Dekret zur "Nationalen Verteidigung". Ein Abschnitt ermächtigt das Kriegsministerium, zivile Gruppen zu bilden, die mit Waffen, deren Gebrauch ausschließlich für die Streitkräfte vorgesehen ist, ausgerüstet werden können. Damit war die Rechtsgrundlage für das paramilitärische System geschaffen. 1968 wurde das Dekret in das Gesetz Nr. 48 umgewandelt, das bis 1989 in Kraft blieb, bis der Oberste Gerichtshof es für verfassungswidrig erklärte. 1969 erfolgte eine Dienstanweisung der Armee, die Zivilbevölkerung in militärischer Form zu organisieren, damit sie die Durchführung von Kampfoperationen unterstützt, und zwar unter direkter Kontrolle militärischer Einheiten.

Am 25. Jänner 1990 legt Präsident George Bush dem Kongress die **National Drug Control Strategy** zur Bekämpfung des Drogenhandels in Kolumbien, Bolivien und Peru vor. Ein zentraler Bestandteil dieses Konzepts ist die sogenannte **Andenstrategie**.

Ziele der Andenstrategie sind:

- Die Stärkung des politischen Willens und der maßgeblichen Institutionen zum Kampf gegen den Drogenhandel.
- Die Stärkung der Effektivität von Polizei und Militär im Kampf gegen den Kokainhandel, der sich konzentrieren soll auf:
  - die Isolierung wichtiger Kokaanbaugebiete,
  - die Zerstörung von Labors zur Gewinnung von Kokain, und
  - die Blockierung der Zulieferung der dazu notwendigen Chemikalien;
- Die Schädigung und Zerschlagung der kriminellen Organisationen des Drogenhandels durch Schwerpunktsetzung in der Fahndung und durch Beschlagnahmung ihrer Einrichtungen und Vermögen.

- Die Stärkung der legalen Wirtschaftssektoren der Andenländer, um der Destabilisierung durch den Wegfall der Kokaineinnahmen entgegenzuwirken.

Die militärische Komponente der Andenstrategie ist operational mit der US-Strategie zur Aufstandsbekämpfung verbunden. Auf der Grundlage von Security Decision Directives des Präsidenten und von US-Militärhandbüchern definierte das *Center for Low-Intensity-Conflict* im Zeitraum zwischen 1988 und 1990 die Drogenbekämpfung formell als **low-intensity-conflict-Mission**.

- Quellen:

Duchrow, Ulrich/ Eisenbürger, Gert/ Hippler, Jochen (Hg.) (1989). Totaler Krieg gegen die Armen - Geheime Strategiepapiere des amerikanischen Militärs, München.

Lessmann, Robert (1996). Drogenökonomie und internationale Politik. Die Auswirkungen der Antidrogen-Politik der USA auf Bolivien und Kolumbien, Frankfurt/Main.

Youngers, Coletta (1990). The War in the Andes. The Military Role in U.S. International Drug Policy, Washington D.C..

Marlies Stohl 9909258

## **TNC's in Kolumbien – Das Verhalten multinationaler Unternehmen im kolumbianischen Kontext:**

### **Ein interner Konflikt zwischen Nestlé und der Gewerkschaft**

#### Die Akteure:

Die scheinbaren Hauptakteure in diesem internen Konflikt sind das transnational operierende Schweizer Unternehmen Nestlé und die kolumbianische Lebensmittelgewerkschaft SINALTRAINAL.

#### Firmengeschichte des Nestlé-Konzerns in Kolumbien:

Nestlé ist in Kolumbien seit 1944 mit einer eigenen Fabrik, der Industria Nacional de Productos Alimenticios INPA S.A. präsent und kann auf eine lange und erfolgreiche Geschichte zurückblicken. 1985 wird INPA S.A. in „Nestlé de Colombia S.A.“ umbenannt. Heute hat Nestlé in Kolumbien drei Fabrikationsstandorte, der Firmensitz ist in der Landeshauptstadt Bogotá.

Nestlé erwirtschaftete 2002 7,56 Milliarden Franken Gewinn und ist damit eines der „rentabelsten“ Schweizer Unternehmen.

### Die Vorwürfe:

In Kolumbien wird Nestlé von Politikern, Nichtregierungsorganisationen und SINALTRAINAL beschuldigt, die Umwelt zu verschmutzen, verunreinigte oder abgelaufene Rohstoffe zu verwenden, den Milchpreis massiv zu drücken sowie Arbeits- und Gewerkschaftsrechte zu missachten. Kolumbien ist kein Einzelfall: Nestlé hat ein weltweites, aggressives Kostenreduktionsprogramm lanciert, mit dem es bis 2006 5,5 Milliarden Franken sparen will.

Weiters macht der Schweizer Konzern Schlagzeilen durch Gesetzesmissachtungen, Umweltverschmutzung, harte Arbeitskonflikte, Repression gegenüber der Gewerkschaft SINALTRAINAL sowie verschiedene Menschenrechtsverletzungen. Allein auf Gewinnmaximierung bedacht, beeinträchtigt Nestlé die soziale Entwicklung Kolumbiens.

Bald nach der Etablierung des Unternehmens entstehen Betriebsgewerkschaften, die sich 1982 gegen den Widerstand der „Nestlé S.A.“ zur Gewerkschaft SINALTRAINAL zusammenschließen. In einem langen gewerkschaftlichen Kampf hat die Gewerkschaft die heute relativ guten Arbeitsbedingungen bei Nestlé erreicht. Diese Errungenschaften bezahlte die Gewerkschaft jedoch mit massiver Repression und Verfolgung. Einige ihrer Mitglieder kamen ums Leben, wobei *keiner* dieser Fälle gerichtlich aufgeklärt wurde.

### Der Konflikt:

Der Konflikt rund um das Unternehmen lässt sich im Wesentlichen in zwei Ebenen unterteilen:

1. Arbeits- und sozialrechtlichen Konflikt.
2. Massive Unterwanderung der internen Milchwirtschaft durch das Unternehmen.

#### 1.) Der Arbeitskonflikt:

Innerhalb eines umfassenden Restrukturierungsprogramms hat Nestlé verschiedene Dienstleistungen (Unterhalts- und Reinigungsarbeiten) outgesourct und weit über 100 befristet Angestellte entlassen und durch ZeitarbeiterInnen ersetzt. Zudem verletzt Nestlé immer wieder die bestehenden Gesamtarbeitsverträge und übt Druck auf die ArbeiterInnen aus, damit sie aus der Gewerkschaft austreten und auf den Gesamtarbeitsvertrag verzichten.

Als SINALTRAINAL bei der Neuaushandlung der Arbeitsverträge 2002 zum Streik aufrief kam es zu mehreren Morddrohungen durch Paramilitärs gegen Gewerkschaftsführer. SINALTRAINAL nahm den Streikaufruf zurück, und entzog sich den Verhandlungen. In einem Schiedsgerichtsverfahren wurden die Forderungen von Nestlé akzeptiert.

- Die Ergebnisse der Verhandlungen sind demnach folgende:

Das Arbeitsgericht lehnte sämtliche Forderungen der Gewerkschaft ab und akzeptierte verschiedene Anträge von Nestlé.

- Zusätzlich wurden bestehende Vereinbarungen eliminiert:

- ) Fonds zur Wohnbauförderung
- ) die Transportverbilligung
- ) Stipendien für die Arbeiterkinder
- ) Gesundheitsplan

Auch eine zukünftige Ungleichbehandlung wurde festgeschrieben: So werden den bisherigen Arbeitern verschiedene Rechte weiterhin anerkannt, z.B. verschiedene Lohnergänzungen, während für neue Arbeiter verschiedene Leistungen ganz gestrichen wurden.

- Ziel des Unternehmens im Konflikt im Bezug auf die Gewerkschaft:

Senkung der Produktionskosten, auch wenn dabei die Stabilität der Arbeitsverhältnisse und das soziale Gleichgewicht im Unternehmensbereich in Frage gestellt wird.

Zerstörung der Gewerkschaft SINALTRAINAL als Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen.

## 2.) Der Milchkonflikt:

Nestlé ist in Kolumbien in gewissen Regionen ein wichtiger Akteur auf dem Milchmarkt. Vor allem multinationale Unternehmen haben jedoch in den vergangenen Jahren große Mengen an qualitativ minderwertigem Milchpulver importiert, obwohl die einheimische Produktion ausreichend war. Im Jahr 2001 wurden insgesamt 125 Tonnen Milchpulver importiert, wobei je nach Quelle zwischen 30 Prozent und 60 Prozent auf Nestlé fiel. Unter Ausnutzung verschiedener Import- und Exportsubventionen füllt Nestlé einen Großteil dieser Pulvermilch in kleine Beutel ab und exportiert sie nach Venezuela, wodurch der regionale Milchmarkt durcheinander gebracht wird. Nach Angaben der Nationalen Gewerkschaft der Lebensmittelgewerkschaft SINALTRAINAL sank der Anteil nationaler Milch in den Nestléprodukten in den letzten Jahren von 70 auf 50 Prozent. Zudem hat Nestlé den Abnahmepreis für Milch wiederholt gesenkt. Nestlé verwendet auch immer wieder verunreinigte oder abgelaufene Rohstoffe für ihre Produkte (Zerstörung des innerstaatlichen Milchmarktes, Bedrohung der Existenz der Bauern, Qualitätsprobleme).

## Einflussnahme der TNC's auf die (Sicherheits-)Politik des Nationalstaates:

Gewerkschafter leben in Kolumbien gefährlich. Immer wieder verschwinden Gewerkschafter. Sie werden massiv bedroht, verschleppt gefoltert und ermordet. Die

Regierung selber setzt keine Aktionen zum Schutz der Bedrohten bzw. zur Aufklärung der Verbrechen an den Gewerkschaftern.

### Indikatoren für den Staatszerfall:

Eine „legale“ Interessensvertretung (Gewerkschaft) erfährt massive Repression durch ein Unternehmen beim Kampf um mehr Rechte. Die Unterstützung des Staates existiert nicht. Daraus resultiert unter anderem der massive Rückgang der Mitgliederzahlen.

-) Einschüchterung, Bedrohung, Verschleppung und Tötung der Gewerkschafter und ihrer Mitglieder durch paramilitärische Einheiten (Menschenrechtsverletzung).  
-) Unterstützung des Staates der TNC`s direkt (keine juristische Verfolgung bei der Nichteinhaltung von Gesetzen und Vorschriften).

- Das Hinwegsetzen über bestehenden Gesetze (Arbeitsgesetze) durch staatliche Institutionen zugunsten des Unternehmens:

Das Arbeitsgesetz hält klar fest, dass das Schiedsgericht Beweise aufnehmen und alle Argumente anhören muss und dass ein unvollständiges Gericht keinen Schiedsspruch fällen kann. Aus diesen Gründen hatte SINALTRAINAL gegen den Schiedsspruch Rekurs eingelegt. Am 21. Juli 2003 hat das Oberste Gericht jedoch ebenfalls sein Urteil verkündet und dabei den früheren Schiedsspruch des Arbeitsgerichtes bestätigt. Damit hat es einen unausgewogenen Schiedsspruch und die Verletzungen des Arbeitsrechtes gestützt und der Straflosigkeit weiter Vorschub geleistet. Für die Gewerkschaft gibt es nun keine Rechtsschritte mehr.

Sie konzentriert ihre Anstrengungen darauf, dass Nestlé diesen neuen Arbeitsvertrag überhaupt einhält. Nestlé hat schon klar gemacht, dass ihr das Urteil des Arbeitsgerichtes nicht weit genug gehe und ihr Kostenproblem nicht löse. Es ist also zu erwarten, dass Nestlé weiterhin massiven Druck auf die Gewerkschaft ausüben wird.

### Quellen:

<http://www.ila-bonn.de/artikel/268nestle.htm>, abgefragt am 2.12.03

[http://www.google.at/search?q=cache:gtXRP\\_jnpNUJ:www.colonialismus.ch/Documents/DossierNestle\\_dt.pdf+Geschichte+eines+Sozialkonfliktes+Nestle+in+Kolumbien&hl=de&ie=UTF-8](http://www.google.at/search?q=cache:gtXRP_jnpNUJ:www.colonialismus.ch/Documents/DossierNestle_dt.pdf+Geschichte+eines+Sozialkonfliktes+Nestle+in+Kolumbien&hl=de&ie=UTF-8), abgefragt am 2.12.03

<http://www.jungle-world.com/seiten/2003/49/2145.php?print=1>, 3.12.03

NOHLEN, Dieter (Hrsg.): „Lexikon Dritte Welt“, Rowolt Taschenbuch Verlag, überarb. Ausgabe, 2000 Hamburg,

GREWE, Hartmut/MOLS, Manfred (Hrsg.): „Staat und Gewerkschaften in Lateinamerika – Wandel im Zeichen von Demokratie und Marktwirtschaft“; Wien/Zürich/Schöningh 1994,

Markus Gruber 9926091

Thomas Baumann 9948115

## PLAN COLOMBIA

Unter Plan Colombia versteht man offiziell das US-amerikanische Entwicklungsprojekt zur Bekämpfung der Drogenproduktion in Kolumbien. Die folgenden Zeilen sollen eine Analyse dieses von vielen Seiten kritisierten „Entwicklungsplans“ der USA sein, der die größte Drogenbekämpfungsstrategie (1,3 Mrd. Dollar) am lateinamerikanischen Kontinenten darstellt. Ein Teil des Geldes (230 Mill. US-Dollar) ist zwar für die Stärkung der kolumbianischen Justiz, Entwicklungsprojekte und Binnenflüchtlingshilfe vorgesehen, der Rest wird jedoch für militärische Zwecke zur Verfügung gestellt. Der Plan beinhaltet den Ausbau der US-amerikanischen Luftwaffenstützpunkte in Manta (Ecuador) und auf den Karibikinseln Aruba und Curaçao. Das nationale 950 Mann starke Antidrogenbataillon wurde aufgestockt und mit einer schnellen Eingreiftruppe versehen. Das kolumbianische Heer ist Dank der USA nun stolzer Besitzer von 60 modernen Kampfhelikoptern. Weiters involvieren sich hunderte US-Militär- und Geheimdienstberater, was alles andere als Drogenbekämpfung vermuten lässt. In Wirklichkeit geht es wohl eher um die Bekämpfung der marxistischen Drogenguerilla. In den Drogenhandel ist aber wie vermutet nicht nur die Guerilla involviert, sondern auch die gefürchteten paramilitärischen Organisationen, die unabhängig von der Regierung agieren, jedoch Kontakte zu ihr pflegt.

Es wird befürchtet, dass der interne Konflikt seit dem Plan Colombia auch auf benachbarte Länder ausstrahlen könnte. Nach der Bekämpfung des Drogenanbaus in Peru und Bolivien der letzten zehn Jahre, stieg der Anbau in Kolumbien unmittelbar an und auch eine Analyse der ersten beiden Jahre des Plan Colombia zeigt keine Verminderung der Anbauflächen von Koka auf, obwohl schon 38.000ha Kokapflanzen und 10.000ha Mohnanbau mit Pestiziden vernichtet wurden. Die Selbe, wenn nicht mehr Fläche dürfte laut UNO-Zahlen nämlich an anderen Stellen des Landes bereits wieder für den Kokaanbau kultiviert worden sein- geblieben von den eingesetzten Pestiziden sind ausser gewaltigen Störungen von Flora und Fauna in den behandelten Gebieten eine Unzahl von internen MigrantInnen. Auch wurden Stimmen über erste Missbildungen Neugeborener laut.

Das Problem liegt wohl eher in der Nichtbeachtung der kolumbianischen Regierung, was die Unterstützung der abermillionen Bauern betrifft, deren Lebensgrundlage sie mit einem schnellen Plan zunichte machen möchte.

So scheinen die 230 Mill. US-Dollar für Entwicklungshilfe nur kosmetischen Charakter zu haben. Der venezolanische Präsident nennt den Plan Colombia beispielsweise schlicht „Vietnamisierung“. In Kolumbien werden  $\frac{3}{4}$  des amerikanischen Konsums an Heroin erzeugt.

Die internationale öffentliche Meinung, inkl. jener der EU zum Plan Colombia besteht in einer Verschiebung der Problematik aber nicht in deren Lösung.

## Drogenproblematik in Kolumbien

Der Drogenhandel hat die Gewalt in Kolumbien potenziert. Er ist wesentlich an der Qualifizierung der paramilitärischen Einheiten - nicht deren Bildung - beteiligt. Auf der anderen Seite ist die „Besteuerung“ des Kokaanbaus und der Kokainproduktion für die Guerilla eine wichtige Finanzquelle. Der Drogenhandel verfolgt aber kein eigenes Projekt. Grundsätzlich ist er Alliiertes der Vertreter des Status quo. D. h. die Verbindungen der Armee zum Drogenhandel sind vielfältig und Teile der Armee sind selber in den Kokahandel verwickelt. Drogenhandel ist auch oft eng mit dem Waffenhandel verknüpft, dessen Abnehmer sind sowohl Paramilitärs wie Guerilla. Als 1989 der Staat den Drogenbossen den Krieg erklärte, erklärte das damalige Medellinkartell unter Pablo Escobar seinerseits dem Staat den Krieg. Es kam zu den berühmten Autobombenanschlägen. Fazit: Der Drogenhandel und die enormen Gelder aus diesem illegalen Wirtschaftszweig haben die Gewalt in Kolumbien dynamisiert und potenziert. Der Drogenmafia kommt eine enorme Verantwortung in der Eskalation des Konfliktes, in der Zerstörung sozialer Netze und der „Veralltäglichung“ der Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung zu.

**Der Klassiker unter den illegalen Drogen aus Lateinamerika ist das Kokain**, das zu fast 100 Prozent aus den Andenländern Bolivien, Peru und **Kolumbien** kommt. Die Gesamtfläche an Koka-Pflanzungen wird auf 200.000 Hektar geschätzt; davon befinden sich ca. 120.000 Hektar in Kolumbien. Die Koka-Pflanze erlaubt bis zu vier Ernten pro Jahr mit einem durchschnittlichen Ertrag von 1.350 Kilo Kokablättern pro Hektar, aus denen 1,45 Kilo Kokain extrahiert wird. Riesige Gewinne aus dem Drogenhandel kommen oft auch durch Schmuggelgut und Dollardevisen direkt in den Geldkreislauf. Die Kriminellen mit "weißem Kragen" sind dabei naturgemäß schwerer zu fassen, als die Koka-Produzenten auf den offen erkennbaren Flächen.

### Maßnahmen gegen den Drogenhandel:

Beratungen im kolumbianischen Parlament über eine Gesetzesinitiative, die eine die Konfiszierung von Eigentum ermöglichen sollen, das nachweislich durch Drogenhandel erworben wurde, ziehen sich bemerkenswert in die Länge. Im Zuge der Antidrogenbekämpfung werden Kleinbauern und Ureinwohner vertrieben und damit kriminalisiert. Viehzüchter eignen sich die verwaisten Flächen an und wandeln sie in Weidegebiete um. Da in Kolumbien dieselben Viehzüchter oft auch Zwischenhändler für den Schlafmohn waren, verdienen sie nun doppelt. Die meisten Kleinbauern und Ureinwohner bebauen ihre Felder mit Koka oder Schlafmohn, damit ihre Familien überleben können. Naturgemäß wählen sie diejenigen Pflanzen für ihre oft kargen Böden, die den besten Preis erzielen. **Die einzig wirksame Methode zur Drogenbekämpfung muss daher sein, den Produzenten der Rohstoffe Alternativen zu erschließen.**

Wer über Alternativen zur Rohstoffherzeugung für Kokain nachdenkt, wird an den Erfahrungen und Kenntnissen der lokalen Bevölkerung ansetzen und die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten der Koka-Pflanze einbeziehen müssen, die über die Drogenproduktion weit hinausgehen. Dies ist aufgrund internationaler

Rechtsvereinbarungen – noch – nicht möglich, aber die Diskussion sollte wieder angestoßen werden.

- Quellen:

<http://www.kolumbien-aktuell.ch/Publikationen/mb0200.html>

[kolko@egroups.de](mailto:kolko@egroups.de)

[http://www.gfbv.de/voelker/suedam/coca\\_1.htm](http://www.gfbv.de/voelker/suedam/coca_1.htm)

## **Kriminelle Gewalt**

Ungefähr ab Mitte der 80er tritt verstärkt das Phänomen krimineller Jugendbanden in Kolumbiens Städten, vor allem in peripheren Armenvierteln auf. Arbeits- und perspektivenlose Jugendliche schlossen sich zu großen Banden zusammen – einige von alleine, andere erhielten zuvor militärische Ausbildung in städtischen Guerillalagern zB der M-19, andere erhielten Angebote aus dem Drogenbusiness – und verdienen sich ihren anspruchsvollen Lebensunterhalt mit Raubüberfällen, Auftragsmord, Entführungen usw. in der Stadt, wie auf dem Land. Dabei dienen sie als Instrumente der Auftraggeber aller politischen und kriminellen Couleur – wenn das Geld stimmt. Mittlerweile haben sich eigene Vermittler, meist erfahrene junge Erwachsene und Stadtviertelanführer, herausgebildet, die die Aufträge entgegennehmen und an ihr Heer von unabhängigen Banden weiterleiten.

Die Polizei ist in den Vierteln meist nicht präsent und wie auch die Justiz durchsetzt von Korruption - gegen Entgelt werden Verhaftete, wie Gefängnisinsassen freigelassen und mit Waffen versorgt. Überhaupt spielt die Polizei in der Versorgung der Banden mit Waffen und Munition eine große Rolle. Es ist außerdem dokumentiert, dass der Autohandel mit gestohlenen Fahrzeugen über einen bestimmten Zeitraum von der Polizei kontrolliert wurde.

Mutwillig oder in rivalisierenden Kämpfen terrorisieren die Banden die Bevölkerung ungestört von der Polizei, sodass es schon bald zur Formierung von Selbstschutztruppen kam, teils von der Guerilla unterstützt, teils mit den Paramilitärs zusammenarbeitend, die die Wohnviertel von den Banden säubern wollen. Auch hier kam es schnell zu Abspaltungen und Verselbstständigungen und die Durchsetzung individueller Interessen geriet nicht selten in den Vordergrund.

Wir haben es hier also mit permanenter Gewalt unabhängiger, immer wieder auf- und absteigender, gegenseitig konkurrierender Banden zu tun, die ökonomische Interessen mit allen Mitteln verfolgen, also mit Gewaltmärkten. 80% bis 95% von Kolumbiens Gewaltopfern der letzten beiden Jahrzehnte kommen durch kriminelle Gewalt ums Leben.

Es gibt also rechtsfreie Zonen, in denen Sicherheit und Sicherheitsvorkehrungen von privaten Geldmitteln abhängig gemacht werden und zu einem Luxusgut werden. Wobei sich hier die Frage aufdrängt ob es sich hier wirklich nur um Zonen handelt, oder man diesen Zustand nicht schon in ganz Kolumbien feststellen kann. Die die es sich leisten können, werden vom Staat oder von privaten Sicherheitsdiensten verteidigt.



## Aufstandsbekämpfung in Kolumbien als ein Aspekt des Low Intensity Warfare:

(→ Beispiel für Privatisierung der Kriegsführung)

Im Rahmen eines Guerillabekämpfungsprogramms wurden in Kolumbien Paramilitärs und private Militärunternehmen von den lokalen Eliten mit finanzieller und politischer Unterstützung aus den USA gezielt aufgebaut.

In seinem Kampf gegen die Guerillaorganisationen hat der kolumbianische Staat bislang immer versucht, das Sozialgefüge, das die Guerilla tatsächlich, angeblich oder potenziell unterstützt, zu zerstören oder zumindest zu neutralisieren. Der "schmutzige Krieg", der über die letzten 35 Jahre die Form von Staatsterror angenommen hat, stützt sich "auf zwei Grundpfeiler: die **verdeckten oder geheimen Operationen der Streitkräfte** und die Aktionen des Paramilitärs. Sie sind das Nervenzentrum des **staatlichen Konzepts zur Aufstandsbekämpfung**, vor allem das der Streitkräfte."

1962 begannen US-Spezialeinheiten damit, in Kolumbien Antiguerilla-Einheiten aufzustellen und Spezialisten in psychologischer Kriegsführung und in der Einbeziehung von Zivilisten bei paramilitärischen Aktivitäten auszubilden (wie in Vietnam). Drei Jahre später, als gerade die ersten Rebellengruppen entstanden waren, erließ die Regierung ein Dekret zur "Nationalen Verteidigung". Ein Abschnitt ermächtigt das Kriegsministerium, zivile Gruppen zu bilden, die mit Waffen, deren Gebrauch ausschließlich für die Streitkräfte vorgesehen ist, ausgerüstet werden können. Damit war die Rechtsgrundlage für das paramilitärische System geschaffen. 1968 wurde das Dekret in das Gesetz Nr. 48 umgewandelt, das bis 1989 in Kraft blieb, bis der Oberste Gerichtshof es für verfassungswidrig erklärte. 1969 erfolgte eine Dienstanweisung der Armee, "die Zivilbevölkerung in militärischer Form zu organisieren, damit sie die Durchführung von Kampfoperationen unterstützt", und zwar unter "direkter Kontrolle militärischer Einheiten"

In Peru sowie vor allem in Kolumbien haben die Auseinandersetzungen zwischen Guerilla und Staat bis heute kein Ende gefunden. Der anhaltende Krieg in Kolumbien wird gegenwärtig zum Anlass- und Ausgangspunkt einer neuerlichen Militarisierung des lateinamerikanischen Kontinents. Mit dem *Plan Colombia* hat die militärische Präsenz der USA in Lateinamerika einen neuen Höhepunkt erreicht.